



Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der Gemeinde Schönberg
(SCHÖN/BA/01/2013) vom 10.01.2013

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Sönke Stoltenberg

Mitglieder

Frau Rosemarie Benecke

Herr Jürgen Cordts

Herr Uwe Kaßler

Herr Henner Meckel

Frau Claudia Petersen

Herr Dieter Schimmer

Herr Horst Wegner

Herr Dieter Winkler

Sachkundige/r

Herr Dipl.Ing. Oliver Kühle

Gäste

Herr Peter Ehlers

Herr Detlef Klose

Herr Wilfried Zurstraßen

Protokollführer/in

Herr Wolfgang Griesbach

Abwesend:

Beginn: 20:00 Uhr
Ende 22:05 Uhr
Ort, Raum: 24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Einwohnerfragestunde
2. Genehmigung der Tagesordnung (Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte)
3. Niederschrift der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 12.12.2012 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

4. Bushaltestelle Perserau, Beschlussfassung über die Gestaltung und die Herstellung der Oberflächen
5. Festlegung eines Grundkonzeptes für die Pflasterung von Wegeflächen
6. Umgestaltung der Strandeingangsbereiche Kalifornien und Schönberger Strand
7. Bekanntgaben und Anfragen

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Ausschuss gestellt.

TO-Punkt 2: Genehmigung der Tagesordnung (Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte)

Auf Anfrage von Herrn Cordts, warum der Tagesordnungspunkt 6 im Bauausschuss und nicht im Wirtschaftsausschuss beraten wird, erklärt Ausschussvorsitzender Stoltenberg, dass es doch um bauliche Maßnahmen und deren Umsetzung geht, so dass der Bauausschuss schon der richtige Ausschuss ist. Im weiteren Verlauf mag es jedoch sein, dass auch der Wirtschaftsausschuss einzubeziehen ist und ggf. auch eine gemeinsame Sitzung durchgeführt werden sollte.

Der anwesende Wirtschaftsausschussvorsitzende Wegner erklärt dazu, dass dieses durchaus der richtige Ausschuss sei und einige Vertreter ja auch in Doppelfunktion heute hier sind.

Sodann wird die Tagesordnung mit den unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkten einstimmig genehmigt.

TO-Punkt 3: Niederschrift der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 12.12.2012 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Winkler erklärt, dass er unter dem Tagesordnungspunkt „Bekanntgaben und Anfragen“ mitgeteilt hat, dass die Böschung im Bereich der Au in Kalifornien dringend geräumt werden muss. Er hat in dem Zusammenhang nach der Zuständigkeit gefragt. Im Protokoll ist aufgeführt, dass der Deich- und Entwässerungsverband zuständig ist, Herr Winkler fragt nun, ob das korrekt ist. Bürgermeister Zurstraßen erklärt, dass die Zuständigkeit der Gewässerunterhaltung der Kuhbrücksau und der Rethberdau beim Deich- und Entwässerungsverband liegt, insofern ist die Aussage im Protokoll korrekt.

Herr Kaßler erklärt, dass es sich beim Tagesordnungspunkt 10 um Herrn Malchau und nicht um Herrn Malchow handelt.

Mit der vorstehenden Namensberichtigung wird das Protokoll vom 12.12.2012 einstimmig genehmigt. Ausschussvorsitzender Stoltenberg gibt sodann die Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

TO-Punkt 4: Bushaltestelle Perserau, Beschlussfassung über die Gestaltung und die Herstellung der Oberflächen

Ausschussvorsitzender Stoltenberg berichtet von der Ortsbegehung des Bau- und Verkehrsausschusses im Bereich der Bushaltestelle Perserau. Bei einer Leitungssanierungsmaßnahme des Wasserbeschaffungsverbandes Panker Giekau (WBV) wurde festgestellt, dass der Unterbau im Bereich der Bushaltestelle sehr schlecht war mit der Folge, dass die Erneuerung des gesamten Unterbaus der Haltestelle erforderlich wurde. Der Bau- und Verkehrsausschuss hatte seinerzeit bereits beschlossen, dass die Oberflächen in Asphalt ausgeführt werden sollen. Fraglich war jedoch, ob die Bushaltestelle an dieser Stelle überhaupt erforderlich ist und ob ggf. auch eine Haltestelleneinrichtung auf der Straße analog zur Haltestelle in der Albert-Koch-Straße eingerichtet werden könnte. Die Kosten der Wiederherstellung der Haltestelle werden voraussichtlich 14.000,-- € betragen. Die Kostenbeteiligung des WBV muss dabei noch vereinbart werden.

Ausschussvorsitzender Stoltenberg erklärt weiter, dass eine Prüfung der Verwaltung ergeben hat, dass die Bushaltestelle während der Schulzeiten sehr stark frequentiert und dabei auch häufig als Warteposition genutzt wird, weil im Eekenring kein Platz mehr für zusätzliche Busse vorhanden ist und auch eine gewisse Reihenfolge eingehalten werden muss.

Es schließt sich eine kurze Diskussion an, in der insbesondere ein behindertengerechter Ausbau der Haltestelle und die Kostenaufteilung mit dem WBV angesprochen wird. Ob der Bordstein für einen behindertengerechten Ein- oder Ausstieg aus dem Bus erhöht oder abgesenkt werden muss, ist noch zu klären. Auch die Kostenbeteiligung des WBV muss noch vereinbart werden, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Haltestelle vor der Sanierungsmaßnahme funktional und in vollem Umfang nutzbar war. Ohne die Leitungssanierung des WBV wäre eine Sanierung der Haltestelle nicht erforderlich gewesen.

Herr Cordts schlägt sodann vor, die offenen Punkte bis zur nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses zu klären und erst dann einen Beschlussvorschlag für die Gemeindevertretung zu formulieren. Es besteht Einigkeit im Bau- und Verkehrsausschuss in dieser Form vorzugehen.

TO-Punkt 5: Festlegung eines Grundkonzeptes für die Pflasterung von Wegflächen

Ausschussvorsitzender Stoltenberg teilt mit, dass es bereits einen Beschluss gibt, dass die Oberflächen der Bürgersteige künftig in rotem Pflaster ausgeführt werden sollen. Es geht nun darum, der Verwaltung eine Entscheidungshilfe an die Hand zu geben, ab welcher Sanierungslänge eine Umpflasterung erfolgen soll bzw. bis zu welcher Länge das alte Pflaster wieder eingebaut werden soll. Es schließt sich eine Diskussion an, in der verschiedene Möglichkeiten der Abgrenzung angesprochen werden. Letztlich hängt die Entscheidung auch von den Kosten ab. Bürgermeister Zurstraßen schlägt daraufhin vor, dass Opportunitätsprinzip anzuwenden und der Verwaltung damit auch ein Ermessen einzuräumen. Bisher hat das ganz gut funktioniert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass auch künftig vernünftige Entscheidungen in dieser Sache getroffen werden.

Beschluss:

Der Bau- und Verkehrsausschuss fasst den Grundsatzbeschluss, die Bürgersteige in der Gemeinde künftig insgesamt in rotem Pflaster herzustellen. Ab welcher Sanierungs- bzw. Reparaturlänge das neue einheitliche Pflaster eingebaut werden soll, entscheidet die Verwaltung nach pflichtgemäßem Ermessen, wobei die neue Pflasterung möglichst von einer bis zur nächsten Straßeneinmündung verlaufen sollte.

Stimmberechtigte: 9			
Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 6: Umgestaltung der Strandeingangsbereiche Kalifornien und Schönberger Strand hier: Festlegen der weiteren Vorgehensweise

Ausschussvorsitzender Stoltenberg erklärt, dass die Gemeinde die Strandeingangsbereiche neu gestalten will, um den Touristen einen attraktiveren Empfangsbereich bieten zu können. Die Strandeingangsbereiche sind das Aushängeschild einer Tourismusgemeinde und da sind die Bepflanzungen, die der Bauhof bisher vorgenommen hat, zwar gut, aber einfach zu wenig. Für die vorliegende Planung wurden bereits Fördermittel eingeworben, leider wurde der Antrag jedoch abgelehnt. Nun stellt sich die Frage, wie die Gemeinde weiter verfahren soll.

Bürgermeister Zurstraßen erläutert zunächst die Planungen der Strandeingangsbereiche in Kalifornien und Schönberger Strand. Im November 2010 wurde eine Förderung aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft des Landes Schleswig-Holstein beantragt, die Unterlagen wurden den Ausschussmitgliedern zugeleitet. Die Gesamtkosten der Planung belaufen sich auf 750.000,- € , es wurde eine Förderung von 50 % beantragt. Leider wurde der Förderantrag jedoch abgelehnt mit der Begründung, dass es sich bei der Umgestaltung der Strandeingangsbereiche nicht um eine Promenadenplanung handelt, sondern um einen reinen Straßenausbau mit einigen kosmetischen Korrekturen.

Bürgermeister Zurstraßen erklärt weiter, dass auch die Aktiv Region einen Zuschusstopf hat, über den Fördermittel eingeworben werden können. Allerdings stehen der Aktiv Region nur insgesamt 200.000,- € pro Jahr für 40 Gemeinden zur Verfügung. Es stellt sich somit die Frage, ob es nicht Möglichkeiten gibt, die Kosten zu reduzieren und dann eine sukzessive Umsetzung der Planung anzudenken. Aufgeben sollte die Gemeinde diese Planung nicht, dafür sind die Strandeingangsbereiche viel zu wichtig. Bürgermeister Zurstraßen schlägt daher vor, zunächst zu prüfen, wo Einsparungen vorgenommen werden können. Sodann sollten Prioritäten festgelegt werden, wobei die erste Priorität sicher beim Strandeingangsbereich Kalifornien liegen wird. Es sollten dann Fördermittel über die Aktiv Region eingeworben werden. Die Kosten der Umgestaltung in Kalifornien belaufen sich auf ca. 400.000,- €, diese könnten z.B. über 3 Jahre bei der Aktiv Region beantragt werden. Weiterhin müsste schon aus rechtlichen Gründen die Erhebung eines Ausbaubeitrages geprüft werden. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Notwendigkeit, die alte Beitragssatzung auf den Prüfstand zu stellen, gerade auch im Blick auf die neuen für die Bürger günstigeren Beitragsmöglichkeiten, die das neue Kommunalabgabengesetz bietet.

Ausschussvorsitzender Stoltenberg schließt sich der Auffassung von Bürgermeister Zurstrajßen an. Auch er ist der Meinung, dass eine Umgestaltung der Strandeingangsbereiche weiterverfolgt werden sollte und dass Kalifornien dabei unstrittig die 1. Priorität hat.

Herr Cordts erklärt, dass insbesondere hinsichtlich der Ausbaubeiträge noch keine Pferdescheu gemacht werden sollten. Zunächst sollte die Planung abgespeckt und dann der Förderantrag gestellt werden. Erst dann sollte die Erhebung eines Ausbaubeitrages geprüft werden. Für Herrn Cordts stellt sich auch die Frage, welcher Ausschuss für die weitere Vorgehensweise zuständig ist, der Bau- und Verkehrsausschuss oder der Wirtschaftsausschuss, ggf. sollte die Gemeindevertretung entscheiden, in welchem Ausschuss es weitergeht.

Frau Petersen hält dagegen auch eine Mischung aus dem Bau- und Verkehrsausschuss und dem Wirtschaftsausschuss für möglich, weil beide Ausschüsse betroffen sind.

Nach kurzer Diskussion schlägt Bürgermeister Zurstrajßen vor, die Zuständigkeit noch einmal in den Fraktionen zu beraten. Es sollte jedoch keine Zeit verloren werden, Ende Februar sollte der Förderantrag möglichst schon bei der Aktiv Region eingereicht sein.

Beschluss:

Der Bau- und Verkehrsausschuss beschließt im Grundsatz an der Planung der Strandeingangsbereiche festzuhalten wobei der Eingangsbereich Kalifornien die erste Priorität bildet. Es ist kurzfristig zu prüfen und festzulegen, welche Einsparmöglichkeiten erfolgen sollen, für die geänderte Planung ist ein Förderantrag an die Aktiv Region zu stellen.

Stimmberechtigte: 9			
Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 7: Bekanntgaben und Anfragen

Herr Wegner fragt nach der Einrichtung der Bushaltestelle im Lünningsredder und in der Strandstraße. Ausschussvorsitzender Stoltenberg erklärt, dass die VKP die Einrichtung der Bushaltestelle im Lünningsredder abgelehnt hat, weil die Gemeinde gefordert hat, dass damit auch eine neue Haltestelle in der Strandstraße im Bereich des Neubaugebietes eingerichtet werden muss.

Frau Petersen teilt mit, dass im Arbeitskreis „Straßenreinigung“ die Beschaffung von Schneefangzäunen angesprochen wurde. Probeweise könnten Schneefangzäune in der Straße Gehrtshorst und in der Strandstraße im Bereich des Grundstücks „Heuer“ aufgestellt werden. Die Zäune kosten 10,- € pro laufenden Meter, es würden ca. 50 m benötigt. Es besteht Einigkeit im Ausschuss, dass die Beschaffung und Aufstellung der Schneefangzäune noch in diesem Jahr probeweise erfolgen soll.

Es wird durch den Vorsitzenden Stoltenberg weiter angesprochen, dass die Rückenlehne der Bank an der Bushaltestelle Kuhlenkamp erneuert werden muss. Der Bauhof soll beauftragt werden, die Reparatur durchzuführen.

gesehen:

Stoltenberg
- Ausschussvorsitzender -

Griesbach
- Protokollführer -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -

Zurstraßen
- Bürgermeister -